

LÖWENZAHN



Mitteilungsblatt

Wahlperiode 2009 – 2014

Sonderheft Haushalt 2010

DIE LINKE.
Fraktion im Stadtrat zu Leipzig

Schwarz-Gelb treibt Kommunen in den Ruin

Strategische Kommunalpolitik in schwerem Fahrwasser

1. Bund, Land und Kommune 2010

Vor einem Jahr sagte ich an dieser Stelle „Kommunen bewegen sich nicht im luftleeren Raum. Bei allen eigenen Anstrengungen bleibt deutlich, dass ohne eine nachhaltige Gemeindefinanzreform und einen gerechten Sozillastenausgleich keine dauerhaft leistungsfähige Entwicklung möglich ist. Es ist Zeit für einen grundlegenden Wandel.“¹

Leider ist dieser Wandel nicht eingetreten. Stattdessen sorgt die schwarz-gelbe Koalition dafür, dass Kommunen in den Finanzkollaps gedrängt werden. „Die Haushalte vieler Städte drohen zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben zu werden: Zwischen sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Sozialausgaben“, so die Einschätzung des Deutschen Städtetages.² Die kommunalen Einnahmen aus der Gewerbesteuer brachen 2009 bundesweit um 18 % ein, - in den neuen Ländern um 10 % , in Leipzig um etwa 6,5 %. Die kommunalen Sozialausgaben haben sich bundesweit im Verhältnis zu 1990 nahezu verdoppelt.⁴ Die geplante Kommission zur Zukunft der Gemeindefinanzen sollte sich daher dringend mit dem Missverhältnis zwischen Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen der Kommunen beschäftigen. Immerhin sind über 90 Prozent der Ausgaben „entweder gesetzlich vorgeschrieben, oder es bestehen langfristige Verträge, die man nicht einfach kündigen kann.“⁵

Doch stattdessen besteht die Gefahr, dass die benannte Kommission sich nur mit den kommunalen Steuereinnahmen



beschäftigt. Obwohl Kanzlerin Merkel dem Deutschen Städtetag im Mai 2009 verkündete „Die Gewerbesteuer wird nicht dem Wahlkampf geopfert“⁶, gibt es bereits Überlegungen, die Gewerbesteuer als wichtige Einnahmequelle der Städte zu schwächen.⁷ Sollten die Entscheidungen getroffen werden, die Gewerbesteuer durch einen höheren kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer zu ersetzen, hätte das mindestens zwei fatale Folgen:

Erstens: Die Gemeindefinanzen sind damit wesentlich stärker vom Konjunkturverlauf abhängig und wirken prozyklisch statt antizyklisch. Und wirken damit destabilisierend.

Zweitens: Die Gemeinden würden mit der wachsenden Abhängigkeit vom

Aufkommen aus Einkommen- und Körperschaftssteuer stärker von Bundesentscheidungen abhängig. Und da kann einem bei der jetzigen Bundesregierung schon angst und bange werden.

Das von dieser Regierung initiierte Wachstumsbeschleunigungsgesetz bedeutet für die Kommunen Einbußen von 1,6 Mrd. bzw. 1.600 Millionen Euro.⁸ „Durch das Gesetz droht auch Sachsen 110 bis 115 Millionen Euro im Jahr zu verlieren.“⁹ Und der sächsische Ministerpräsident Tillich stimmte zu, nach welchen Versprechungen auch immer.

Das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat gute Chancen, zum Unwort des Jahres 2010 zu werden.

2. Leipziger Verhältnisse

Auch Leipzig ist von dieser fatalen Entwicklung betroffen.

Herr Jung, Sie stellen an die Spitze Ihrer Bilanz die Aussage, Leipzig sei die „anziehendste, attraktivste europäische Metropole Ostdeutschlands“.¹⁰ Allerdings kommt die aktuelle Ausgabe des Manager-Magazins in einer Untersuchung der deutschen Standorte zu einem etwas anderen Ergebnis. Im Vergleich der 1034 untersuchten europäischen Regionen schaffte es Leipzig auf Platz 751. Im Jahr 2007 waren wir noch auf Platz 556. Dresden rangiert auf Platz 221.¹¹

Nun will ich unsere Entwicklung nicht schlechter reden als sie ist – aber eine realistische Sicht ist schon vonnöten.

Was sagen die nüchternen Zahlen und Fakten?

Leipzig 2010 im Arbeitsmarkt

Auch in Leipzig hat sich die Arbeitslo-

sigkeit verringert. Doch mit einer Arbeitslosenquote von 13,6 Prozent steht Leipzig nach wie vor schlechter da als Dresden und Chemnitz.

Die günstige Beschäftigungsentwicklung darf zudem nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein wachsender Teil der viel gerühmten neuen Jobs „atypische“ Beschäftigungsverhältnisse sind auf der Basis von Teilzeit, Leiharbeit oder Mini-Jobs, die nicht zur Sicherung des eigenen Lebensunterhaltes ausreichen. Im Jahr 2008 waren davon bereits über 90.000 Menschen betroffen. Das sind 36,6 % aller Beschäftigten!¹² Eine wachsende Zahl davon – mehr als 20.000 Aufstocker – ist deshalb auf Unterstützung durch die ARGE angewiesen.¹³ Das demütigt die Betroffenen und belastet jene Behörde zusätzlich, deren Zukunft in den Sternen steht.

Hier muss dringend eine Lösung gefunden werden. Das fordert auch der Deutsche Städtetag.¹⁴

Wie diese Frage bisher verschleppt wurde – sowohl durch Schwarz-Rot als auch nunmehr durch Schwarz-Gelb – halten wir für einen Skandal!

Am liebsten würde die neue Bundesregierung das Problem ohnehin auf die Städte und Gemeinden abwälzen. Und das in einer Phase, die ohnehin schwierig genug ist. Erst in den kommenden Monaten wird die Krise mit voller Wucht den Arbeitsmarkt erreichen. Dann wäre es gut, wenn dort Arbeitsvermittler säßen, die sich voll und ganz auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können: nämlich Jobs für Langzeitarbeitslose zu finden und zu sichern.

Stattdessen sieht es so aus, als ob die schwarz-gelbe Koalition im Falle der Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils die Verwaltung der Hartz

IV-Bezieher verdoppeln will. Jede Akte muss in beiden Verwaltungseinheiten identisch vorhanden sein. Allein diese ständige Synchronisation der Akten wird sowohl für die Arbeitsagentur als auch die Kommune mit einem gewaltigen Arbeitsaufwand verbunden sein. Übrigens – Schwarz Gelb ist mit dem Anspruch angetreten, Bürokratie abzubauen ...

Die Trennung der ARGE'n ist auch für Leipzig eine Herkulesaufgabe. Von den steigenden Verwaltungsausgaben gar nicht zu reden. Oberstes Gebot dabei muss sein, dass es bei der Auszahlung der Gelder für die Menschen, die im Hartz IV-Bezug stehen, zu keinerlei Verzögerungen kommt.

Leipzig 2010 – das sind auch fünf Jahre Hartz IV

Am 1. Januar 2005 startete Hartz IV mit der hohen Erwartung, einen großen Teil der Langzeiterwerbslosen wieder in Lohn und Brot zu bringen. Der Erfinder und Namensgeber Peter Hartz sprach „von einem guten Tag für die Erwerbslosen in Deutschland.“ Die Kommunen sollten durch Hartz IV in Milliardenhöhe entlastet werden. Was hat sich in Leipzig entwickelt?

Im Dezember 2005 waren in Leipzig 82.384 Menschen auf Alg II oder Sozialgeld angewiesen. Vier Jahre später waren es 82.314 Menschen.¹⁵ Das heißt unter anderem, die Zahl der Langzeitarbeitslosen hat sich kaum verringert. Leipzig kommt auf eine Quote „relativer Armut“ von 18,9 % – in Dresden 13,8 und in Chemnitz 15,8 %. Das sind 96.600 menschliche Schicksale.¹⁶ Hartz IV ist gründlich gescheitert. Dabei birgt die hohe Zahl der Hartz IV-Bezieher noch eine besondere Gefahr für die Stadt Leip-

zig in sich. Viele dieser Menschen werden in den nächsten Jahren in Rente gehen. Die meisten Menschen sind auf die Grundsicherung im Alter angewiesen. Das wird den Stadthaushalt stark belasten. Angesichts der tatsächlichen Anzahl von Bedarfsgemeinschaften¹⁷ ist die im Haushaltsplanentwurf derzeit veranschlagte Zahl von 46.000 risikobehaftet.

Der Lebenslagenreport der Stadt Leipzig wird zeigen, dass in unserer Stadt Arm und Reich noch weiter auseinanderdriften, dass die Armut zunimmt. Mit allen Erschwernissen für die Betroffenen – ich denke da an den komplexen Zusammenhang von Armut und Bildungschancen, Mobilität sowie Betreuung im Alter. Eine gründliche und detaillierte Analyse ist für die künftige Stadtentwicklung dringend geboten¹⁸. Für die CDU ist der Lebenslagenreport allerdings „derzeit nicht prioritär“¹⁹, und sie will die Mittel dafür streichen. Das tragen wir nicht mit.

Die Entwicklung der Armut erfordert von der Kommune große Anstrengungen. So muss aus unserer Sicht der Leipzig-Pass erhalten bleiben, damit auch Menschen mit einem schmalen Geldbeutel am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das betrifft auch das Sozialticket. Über 16.400 verkaufte Tickets zeugen davon, dass es für die Betroffenen unverzichtbar geworden ist.

Der Freistaat überträgt den Kommunen seit Jahren immer mehr Aufgaben. So werden seit August 2008 von der Stadt auch die Anträge auf Erziehungsgeld, Blindengeld und auf Schwerbehindertenausweise bearbeitet. Es gab und gibt hier nach wie vor Probleme. Die Bürgerinnen und Bürger haben Wartezeiten von mehr als sechs Monaten.²⁰ Unser

Antrag soll hier Abhilfe schaffen.²¹

Leipzig und der zweite Arbeitsmarkt

Im Jahr 2009 waren über 7.000 Menschen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der ARGE und im Kommunal-kombimodell beschäftigt. Das war der Erfolg einer beispielhaften Förderung durch die Stadt. Allerdings gelang es nicht, alle 1.250 KoKo-Stellen zu besetzen. So wurden freie Träger unzureichend gefördert. Darüber hinaus sorgte FDP-Staatsminister Sven Morlok im November für den abrupten Abbruch der Förderung durch den Freistaat. „Ein Wirtschafts- und Arbeitsminister, der zusätzliche Arbeitsplätze einfach streicht, hat den falschen Job gewählt.“²²

Am ersten Januar 2009 trat das Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente in Kraft. Dabei wurden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abgeschafft. Nach dem Wegfall der ABM für Langzeitarbeitslose besann man sich dann auf die Arbeitsgelegenheit in der Entgeltvariante. Auch hier werden die Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, so dass der Effekt der Minderung der Kosten der Unterkunft für die Stadt Leipzig greift. Daher sollten diese Zahlen auch zukünftig in Leipzig gehalten werden, durch den Wegfall der Kommunal-Kombi-Stellen in rund zwei Jahren sind die Verantwortlichen aber schon jetzt in der Pflicht, sich über die weitere Zukunft des zweiten Arbeitsmarktes in Leipzig Gedanken zu machen.

Leipzig und die Wirtschaft

Der zweite Arbeitsmarkt und die kommunale Wirtschaftsförderung können die

Probleme der Arbeitslosigkeit nicht lösen, sondern nur begleiten. Notwendig und unabdingbar ist es, den Fokus auf eine selbsttragende Wirtschaft zu legen. Deshalb wurden auf der von unserer Fraktion initiierten Sondersitzung des Stadtrates im Juni 2008 entsprechende Aufgaben beschlossen. Noch im Juni 2009 hat der Stadtrat eine Qualifizierung der Cluster-Strategie veranlasst. Dies muss nunmehr durch die Verwaltung unter Einbeziehung des Stadtrates konsequent umgesetzt werden.

Mit der Umsetzung des Konjunkturpaketes in diesem Jahr sehen wir die Chance, die Auftragslage für die regionale Wirtschaft zu verbessern. Neben den Effekten für die Infrastruktur der Stadt könnten so Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze erhalten werden.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Leipzig schien noch bis 2008 eine Erfolgsstory zu sein. Die kommunalen Unternehmen konnten Gewinne im zweistelligen Millionenbereich an den Gesellschafter abführen. Die Leistungspflicht der Stadt für die Finanzierung des ÖPNV über den Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag wurde zu 100 % durch den Querverbund LVV substituiert.

Im Jahr 2009 wurde offensichtlich, dass diese Erfolge endlich sind. Die kommunalen Unternehmen standen und stehen aber weiter unter Druck. Der eine oder andere Geschäftsführer wurde in solch einem Milieu „kreativ“ und sah einen Ausweg in kriminellen Transaktionen.

Die Fraktion DIE LINKE fordert die bedingungslose Aufklärung der Hintergründe und Verantwortlichkeiten für diese Vorgänge ohne Ansehen der Person. Gleichzeitig darf der Oberbürgermeister nichts unversucht lassen, um den Scha-

den für die KWL und die Stadt zu minimieren.

Leipzig und seine Kinder

In Umsetzung der strategischen Ziele der Kommunalpolitik hat die Stadt Leipzig erhebliche Anstrengungen unternommen, um familienfreundliche und attraktive Lebensbedingungen für Eltern und junge Menschen zu schaffen.²³ Wir unterstützen diese Investition in die Zukunft. Sie soll dem weiter steigenden Bedarf an Kindertagesstättenplätzen gerecht werden. Dabei scheint der Wettlauf um die Schaffung von Kita-Plätzen ein Wettlauf zwischen Hase und Igel zu sein. Obwohl seit 2007 mehr als 1.000 Plätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen wurden²⁴, kann der Bedarf nicht gedeckt werden. Spätestens im Frühjahr eines jeden Jahres sind alle Plätze (Krippe, Kindergarten und Tagespflege) hoffnungslos ausgebucht. Die Kinderzahlen steigen weiter, die Kosten pro Platz ebenfalls. So sind auch in den Folgejahren die Anstrengungen zur Bedarfsdeckung im Kita-Bereich fortzusetzen. Dabei erwarten wir, wie der Deutsche Städtetag, dass der Bund und das Land endlich den notwendigen Beitrag leisten.²⁵ Die Bedarfsdeckung und die Sicherung der Qualität in den Kindertagesstätten müssen oberste Priorität haben. Umso unverständlicher ist die Tatsache, dass die 900.000 Euro, die auf Antrag von SPD und LINKE im Haushalt 2009 für die Qualitätssicherung in Kitas eingestellt wurden, wieder gekürzt wurden.²⁶ Solche Maßnahmen, wie z. B. die Einführung einer für die Erzieherinnen zusätzlichen Stunde für die Vor- und Nachbereitung der Bildungsarbeit, müssen nach nur einem knappen halben Jahr Laufzeit

wieder beendet werden. Das hat mit Nachhaltigkeit nichts zu tun, ist letztendlich Vergeudung von Mitteln und wird bei den Erzieherinnen und Eltern wenig Verständnis hervorrufen. Meine Fraktion hat deshalb beantragt, die 900.000 Euro wieder in den Haushaltsplan einzustellen. Auch im Bereich Qualitätssicherung erwarten wir, dass das Land seiner Verantwortung gerecht wird und endlich die Rahmenbedingungen für die Bildungs- und Erziehungsarbeit in den Kitas verbessert.

Vor gut einem Jahr beschloss der Stadtrat, mit ausgewählten Freien Trägern der Jugendhilfe mehrjährige Leistungsverträge abzuschließen. Ziel war es, den Trägern mehr Planungssicherheit zu geben, um so die Qualität und Kontinuität in der Kinder- und Jugendarbeit zu sichern. Bis jetzt ist der Antrag nicht umgesetzt, weil sich die Ämter offenbar lieber darüber streiten, was nicht geht, als konstruktiv nach Lösungswegen zu suchen.

Insbesondere die Personalsituation in den Offenen Freizeittreffs und Jugendkulturzentren ist demotivierend. Hinzu kommt, dass alle diese Einrichtungen auf Verschleiß fahren, keine nennenswerten Mittel für Bauinvestitionen zur Verfügung stehen. Die Hoffnung auf das Konjunkturprogramm II hat sich letztendlich zerschlagen. Für uns unverständlich wurden auch im Vermögenshaushalt – anders als bei den soziokulturellen Zentren – keine Mittel eingestellt. Das ist nicht zu akzeptieren. Wir haben deshalb beantragt, für die Offenen Jugendtreffs „Die Insel“ und „Mühlholz“ sowie der Jugendkulturzentren „KAOS“ und „Geysler-Haus“ Planungsmittel in den Haushalt einzustellen, damit 2011 über

Verpflichtungsermächtigungen Sanierungs- und Neubaumaßnahmen durchgeführt werden können.

Das Thema Schule und Bildung bleibt in der Bundes-, Landes- und auch Stadtpolitik bestimmend.

Die schwarz-gelbe Koalition in Sachsen hält leider an dem gegliederten Schulsystem fest; andere Schulversuche haben es wesentlich schwerer, ja man dreht sogar das Rad zurück – die Gemeinschaftsschule wird abgeschafft.

Die Politik ist stark auf Privatisierung auch der Schulen ausgerichtet. Die freien Schulen in Leipzig sind alle Ganztagschulen. Staatliche Schulen als Ganztagschulen oder Gemeinschaftsschulen sind nun nicht mal mehr Modellschulen. Warum? Ganztagschulen erfordern mehr Lehrkräfte. Eltern, deren Kinder eine freie Schule besuchen, wissen das und sind bereit, dafür zu bezahlen. In staatlichen Schulen müsste das der Freistaat tun, und da wird gespart. Welch ein Widersinn und auch ein weiteres Beispiel für Chancenungleichheit.

Über 100 der Leipziger staatlichen Schulen bieten Ganztagsangebote an. Leider können diese nicht weiter ausgebaut werden. Das Geld ist konstant; da mehr Schulen am Ganztagsprogramm teilnehmen, steht pro Schule weniger zur Verfügung. Diese Entwicklung darf so nicht weiter gehen.

Leipzig und seine Kultur

Das kulturelle Angebot in Leipzig ist vielfältig und im regionalen wie auch nationalen Vergleich von hohem Niveau. Das wird nicht nur von zahlreichen Touristen anerkannt, sondern auch von vielen Leipzigerinnen und Leipzigern. Vor diesem Hintergrund ist es unser kulturel-

les Leitziel, sowohl attraktive Angebote von überregionaler Bedeutung bereit zu stellen als auch Kultur als unverzichtbares Gut der sozialen Integration und des gesellschaftlichen Miteinanders in jedem Stadtteil Leipzigs anbieten zu können. Daher ist es aus unserer Sicht ein falsches kulturpolitisches Signal der Verwaltung, die Anhebung der Förderung der Freien Szene in die mittlere Zukunft zu verschieben. Wir als LINKE sehen die Stadt gegenüber den zahlreichen soziokulturellen Zentren und Akteuren von Stadtteil- und freier Kultur in der Pflicht und schlagen deshalb eine Erhöhung der Förderung an Vereine und Verbände um 300.000 Euro vor.

Leipzig ist Kulturstadt, und sie ist es in besonderem Maße in Erinnerung an die Ereignisse 1989/90, jenem kurzen Zeitfenster, in dem Demokratie lebendige Beteiligung wirklich auch meinte. In dieser vitalen Leipziger Atmosphäre ist als Zeichen der Meinungsfreiheit „von unten“ Radio Blau entstanden. Umso beschämender, dass fast zeitgleich zu den groß angelegten Feierlichkeiten im Herbst letzten Jahres die Landesregierung und die Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien nicht in der Lage waren, den Bestand von Radio Blau zu sichern. Wir sehen es in dieser Situation als ein wichtiges Signal, dass die Stadt Leipzig sich zu ihrem Bürgerradio bekennt und haben deshalb einen Antrag auf Förderung von Radio Blau eingereicht.

Obwohl das Gros der Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen in und an den großen Kulturstätten Oper und Schauspielhaus sowie Grassmuseum abgeschlossen wurden, muss in den kommenden Jahren neben einem Ersatzstandort für das Naturkundemuseum

auch das Volkstheater Muko wieder in den Fokus der Fortsetzung dringender Baumaßnahmen gelangen. Unabhängig davon muss bis dahin die ständige Beispielbarkeit gesichert bleiben.

Für dieses und die kommenden Jahre werden die Errichtung des Thomaner-Campus im Bachviertel und die Wiederherstellung des Bachmuseums eine besondere Herausforderung sein.

Leipziger Sport

Die Diskussion um die Sportstadt Leipzig erhitzt immer wieder die Gemüter, und das zurecht. Nicht nur der Fußball in der ersten oder zweiten Bundesliga kann dafür ausschlaggebend sein, obwohl auch hier Licht am Ende des Tunnels für Leipzig „schimmert“. Leistungs- und Breitensport entwickeln sich seit Jahren gut. Im Breitensport sind wir in Sachsen Spitze. 2009 haben wir im Stadtrat das Sportprogramm 2015 verabschiedet. Ab 2010 beginnt die Umsetzung. Die weitere Verbesserung der Sportinfrastruktur wird dafür eine Grundlage sein. Auch hier sind hohe Ziele gesteckt worden²⁷. Unsere Fraktion bekennt sich zu den Aussagen im Sportprogramm zu den Schwimmhallen und Bädern. Keine Schließung weiterer Schwimmhallen.

Unser Antrag, drei Millionen Euro für einen Sportpalast auf dem Gelände der Alten Messe bereitzustellen²⁸, hat mehrere Gründe:

Wir möchten den Tilgungsüberschuss von über sieben Millionen Euro im Haushalt sowohl zum Haushaltsausgleich als auch für sinnvolle Investitionen einsetzen. Die sehen wir in einer Ballspielhalle. Das Alte Messengelände zum Ballsportzentrum zu entwickeln, halten wir für einen guten, zukunftsweisenden Ansatz.

Das erfolgreichste Aushängeschild Leipzigs ist der Handballclub. Die Pläne des HCL werden vom Sächsischen Ministerium für Kultus für gut befunden, aber man fordert neben privatem Engagement auch eine finanzielle Zuwendung der Stadt. Dann könnte auch der Freistaat die entsprechenden Fördermittel bereitstellen.

Im Sport werden Massen bewegt und Sport bewegt Massen

Leipzig und seine nachhaltige Entwicklung

Im Mai 2009 wurde mit dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept 2020 eine Vision Wirklichkeit. Diese Strategie zur Vernetzung der verschiedenen Fachpolitiken der jeweiligen Dezernate muss auch den städtischen Haushalt noch stärker durchdringen. Besonders bei Bauinvestitionen ist die enge Zusammenarbeit von Bauherren- und Bau fachämtern notwendig.

Leipzig entwickelte in den Jahren nach 1990 verstärkt die Tradition der aktiven Bürgerbeteiligung bei der Stadterneuerung. Es entstanden Modellprojekte, die national und international Beachtung fanden.²⁹ Allein bei den eigenen kommunalen Bauvorhaben ist die Bürgerbeteiligung in der letzten Zeit vernachlässigt worden.

Der in den vergangenen Jahren beschrittene Weg, fachübergreifend nach EU-, Bundes- und Landesförderprogrammen zu suchen, für die die geringsten städtischen Eigenanteile aufgebracht werden müssen, ist fortzusetzen. Zur Nachhaltigkeit gehören dabei nicht nur ökologische und stadtstrukturelle Aspekte, sondern langjährige gleiche funktionelle bzw. Nutzungsmöglichkeit durch Multifunk-

tionalität. Angesichts der Wirtschaftskrise ist es umso wichtiger, dass das Konjunkturpaket II Motor für die Bauwirtschaft in der Region wird. Etwa 80 Millionen •³⁰ werden bis 2011/2012 in Schulen, Turnhallen, Kindertageseinrichtungen investiert.

Der Sanierungsstau von über 400 Millionen • an Schulen und Turnhallen - kann erheblich abgeschmolzen werden.³¹ Die Bautätigkeit an Bildungseinrichtungen ist also in den nächsten zwei Jahren so hoch wie in den vergangenen 20 Jahren nicht. Reichen da die Planungskapazitäten im Dezernat Bau und Stadt-sanierung? Erfolgen die Ausschreibungen zeitnah, vielleicht auch beschränkt?

Es muss unserer Meinung nach auch nicht zu jedem Objekt einen Wettbewerb geben. Aber das Schlimmste, was passieren kann, wäre ein Nichtabrufen bzw. die Rückgabe von Konjunkturpaketmitteln.

Wir sind der Überzeugung, dass die Stadt mindestens so günstig sanieren oder neu bauen kann wie ein privates Unternehmen, allerdings ist uns klar, dass dazu einige Abteilungen, vor allem im Hochbauamt, vergrößert werden müssten und das ist wiederum eine politische Entscheidung des Stadtrates. Gerade in der jetzigen Situation ist die Stadt als Bauherr ein wichtiger positiver Konjunkturfaktor für den regionalen Mittelstand.

In der Haushaltsdiskussion 2009 übernahm die Verwaltung einen Antrag aus unserer Fraktion, der die konsequente Prüfung der Nachnutzung und Sanierung vor Neubau bei Kommunalbauten als Beitrag zur behutsamen Stadterneuerung vorsieht. Dieser strategische Ansatz muss allerdings mit Leben erfüllt werden und gewollt sein. Die Prüfungen

müssen ergebnisoffen und nicht mit feststehendem Ergebnis rückwärts passend gerechnet werden.

Gemäß dem mittelfristigen Straßen- und Brückenbauprogramm von 2007 soll der politisch beschlossene Richtungswechsel weg von Großneubauvorhaben im Straßenbau hin zur Sanierung und Instandsetzung vollzogen werden.

Auch 2010 müssen die begrenzten Mittel für den Straßenbau konzentriert am Neubau der B 6 in Möckern und Wahren als Voraussetzung zur Entlastung und Erneuerung der Georg-Schumann-Straße eingesetzt werden.

Das zweite Straßenneubauvorhaben, kombiniert mit Brücke und Haltepunkt für die Eisenbahnstrecken durch den Citytunnel, wird im 1. Halbjahr die Straßenverbindung zwischen Kurt-Eisner- und Semmelweisstraße herstellen. Damit entstehen Entlastungseffekte für den Inneren Süden.

Leipzig sauber, sicher und gesund

Für uns ist die Umweltzone mehr denn je eine Zone für die Gesundheit und Lebensqualität der Bürger. Dabei war Feinstaub eines der wichtigsten Wahlkampfthemen von CDU und FDP.

Die vordergründigen Kampagnen dieser Parteien gegen den Umweltbürgermeister sollten verdecken, was IHK und Unternehmerverbände über Jahre versäumt hatten, nämlich ihre Mitglieder auf die Konsequenzen der EU-Verordnung vorzubereiten. Der OBM hat sich in dieser heißen Phase abgeduckt, wie immer, wenn Widerstand im Raum steht. Über das Wirken (Nicht-Wirken) von BM Albrecht schweigt des Sängers Höflichkeit.

Nach dem Getöse im Wahlkampf sollte man eigentlich annehmen, dass CDU und FDP sowie die Kammern für die Mehrheit der Leipziger sprechen. Wie viele Bürger-einwendungen der Leipziger gab es gegen die Umweltzone? Etwa 180. Und darunter waren auch Bürger, denen der Luftreinhalteplan nicht weit genug ging. Zum Vergleich: Gegen den Lärm der Eisenbahn im Norden haben etwa 1.000 Bürger unterschrieben, weit über 4.500 Leipziger kämpften mit Namen und Adresse für den Elsterstausee.

Soviel zum Thema Bürgernähe von CDU und FDP.

Die Investitionen in den Feuer- und Katastrophenschutz sowie in das Rettungswesen haben auch für unsere Fraktion große Bedeutung. Neben der schrittweisen Erneuerung des Bestandes der hoch beanspruchten Lösch- und Rettungsfahrzeuge gehören dazu auch die Bauinvestitionen. Vor allem die bessere bauliche und technische Ausstattung der Feuerwehren wird zu einer Verbesserung der Einsatzzeiten führen, damit die Aussagen aus dem Brandschutzbedarfsplan nicht nur in der Theorie, sondern vor allem, wenn es um die Rettung von Menschenleben und Eigentum geht, eingehalten werden.

Um dies durchgängig in allen, auch den randstädtischen Ortsteilen zu sichern, ist der Neubau von Gruppenwachen der Berufsfeuerwehr Süd und Nord unverzichtbar.

Die Sicherheitspartnerschaft zwischen Stadt, Polizei und den Kleingartenvereinen hat in der Vergangenheit zu einem deutlichen Rückgang der Kriminalität in Kleingartenanlagen geführt. Sie wird durch den Bürgerdienst mit abgesichert. Ein Abbau in diesem Bereich ist

mit unserer Fraktion nicht zu machen.

Es steht für unsere Fraktion außer Frage, dass wir Körperverletzungen, Zerstörungen, Sachbeschädigungen ablehnen. Wenn die Presse, aber auch einzelne Akteure, solche Straftaten als eine politische Aktion von links darstellen, müssen wir ganz klar sagen: Das hat mit Politik nichts zu tun. Wer auf Körperverletzung, Zerstörung und Sachbeschädigung aus ist, ist nicht politisch tätig. Das ist ein Straftäter.

Im Haushalt 2010 sind nunmehr ortsteilbezogene Ansätze für die eingemeindeten Ortschaften zu finden.³² Das trifft für den Vermögenshaushalt zu, nicht aber für den Verwaltungshaushalt. Hoffentlich ändert sich das noch. Damit werden Ortschaftsräte in die Lage versetzt, ihre Rechte ohne Abstriche wahrzunehmen.

Wenn Bund und Land angesichts ihrer für die Kommunen katastrophalen Finanzpolitik von den Kommunen ausgeglichene Haushalte erwarten, ist das unerträglich. Und unter diesen Umständen einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, ist eine Sisyphusarbeit. Wir haben mit unserem Antrag zur Umschuldung des Tilgungsüberschusses³³ unseren Beitrag dazu geleistet. Nun sind wir in der eigenartigen Situation, dass es zwar Vorschläge des Oberbürgermeisters gibt, das bisher geplante Defizit von 10,4 Millionen • zu decken. Dem Stadtrat liegen diese Vorschläge jedoch nicht auf dem Tisch. Daher ist es mir an dieser Stelle auch unmöglich, zu definieren, ob und unter welchen Voraussetzungen wir dem Haushalt zustimmen können. Vor uns stehen daher Wochen mit schwierigen Entscheidungen.

Für die angestregte Arbeit am Haushaltentwurf möchte ich dem Käm-

merer und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, für ihre engagierte Arbeit danken wir den Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, der Eigenbetriebe und städtischen Gesellschaften.

1 Dr. Ilse Lauter, Es ist Zeit für grundlegende Änderungen-Strategische Kommunalpolitik in Finanzkrise und Rezession -Haushaltrede auf der Ratsversammlung am 21.1.2009

2 Petra Roth, in „Deutscher Städtetag, Mitteilungen“ 9/09, S.1

3 Konferenz der Oberbürgermeister der ostdeutschen Städte, s. ebenda, S.5

4 Ebenda, S. 1 und 2

5 Zeit Online Wirtschaft vom 28.12.2009

6 Rede auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Bochum, zit. in der „Frankfurter Rundschau“ vom 14.5.2009

7 Vgl. „Deutscher Städtetag, Mitteilungen“ 9/09, S. 2

8 TOPNEWS.de, 18.12.2009

9 Handelsblatt vom 7.12.2009

10 LVZ, 28.12.2009

11 Managermagazin vom 17.12.2009

12 Studie der Hans-Böckler-Stiftung zu untypischen Beschäftigungen.

13 Letzte verfügbar Zahl 20.423 im Oktober 2008 laut Arbeitsmarktreport 2009 der ARGE

14 Christian Ude in „Deutscher Städtetag, Mitteilungen“ 9/09, S.2

15 im August 2009 - letzte revidierte Angabe der ARGE Leipzig.

16 „Lebenslagenreport 2009“ des ZAROF-Institutes im Dezember 2009. Nach Rechnung von ZAROF gehören zur Gruppe der Armen 63.100 Alg-II-Empfänger, 19.000 Sozialgeldempfänger, 8.800 Lohngeldempfänger, 3.500 Rentner, 800 Asylbewerber und 1400 Personen, die Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen.

17 Die tatsächliche Anzahl übersteigt die vorläufigen Berechnungen der ARGE regelmäßig um ca. 2000 – im Juli 2009 48.745 Bedarfsgemeinschaften.

18 Siehe die Forderungen des Deutschen Städtetages, in Mitteilungen 10/2009, S. 4

19 Haushaltsantrag A 064 zum Haushaltsplanentwurf 2010.

20 Ein unmöglicher Zustand, dessen Ursache beim Freistaat lag: zu viel nicht bearbeitete Anträge, Pro-

bleme beim Personalübergang und mit der Bearbeitungssoftware

21 A 37 zum Haushaltsplanentwurf 2010

22 Wolfgang Tiefensee und Daniela Kolbe, zit. nach Lizzy vom 29.11.2009

23 Ausdruck dafür ist der steigende Zuschussbedarf im Verwaltungshaushalt des Jugendamtes. Dieser ist innerhalb von zwei Jahren um ca. 30 Mio. Euro angestiegen.

24 2010 kommen weitere 346 Plätze dazu

25 Christian Ude, OBM von München und Vizepräsident des Deutschen Städtetages trifft die richtige Feststellung: „Bund und Länder müssen jedoch endlich erkennen, dass der Ausbau der Kinderbetreuung für unter dreijährige Kinder nach wie vor unterfinanziert ist. Die Umsetzung des Rechtsanspruches ab dem Jahre 2013 werden die Kommunen ohne weitere Finanzhilfen nicht schaffen können“ – s. Deutscher Städtetag, Mitteilungen 9/2009, S. 3

26 um 734.000,- Euro

27 Drei Dreifachhallen werden in den nächsten Jahren entstehen–die Hallen in der Konradstr., an der Radrennbahn und am Stadion - die Sanierung der Halle Leplaystr., des Stadion des Friedens sind hier die wichtige Eckpunkte.

28 A 71 in Verbindung mit A 72 zum Haushaltsplanentwurf 2010

29 Insbesondere bei privaten Bauvorhaben, wie unlängst beim Brühl, dem Connewitzer Kreuz oder der agra wird dies weiterhin praktiziert.

30 Fördermittel und Eigenmittel

31 Neubau von vier Grundschulen (3. GS, Neruda- und Kästner-GS, GS im Waldstraßenviertel), die Sanierung das Haus 2 des Reclamgymnasium, der Kantsschule, die Fertigstellung der Sanierung Ostwaldschule, Nachbarschaftsschule sind die Leuchttürme. Energetische und brandschutztechnische Maßnahmen an 20 weiteren Schulen ergänzen das Programm.

32 Band 1 des Haushaltsplanentwurfs 2010, S. 62 bis 67

33 Antrag A 72 zum Haushaltsplanentwurf 2010

Rede der Fraktionsvorsitzenden Dr. Ilse Lauter zum Haushaltsplanentwurf 2010 in der Ratsversammlung am 20. Januar 2010. Hier wurde sie in leicht gekürzter Form gehalten.

Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE zum Haushaltsplanentwurf 2010

- A 028 Finanzielle Ausstattung der Lokalen Agenda 21
- A 029 Eigenmittel für den „aparta“ e. V. zur Förderung durch die SAB
- A 030 Erhöhung des Anteils der Freien Szene Kultur
- A 031 Sanierung der Toilettenanlagen im „Geysir-Haus“
- A 032 Fortsetzung der Sanierungsmaßnahme im Offenen Freizeittreff „Die Insel“
- A 033 Komplettsanierung des Gebäudes des Jugendkulturzentrums KAOS, Wasserstraße 18
- A 034 Instandsetzung im Offenen Freizeittreff „Mühlholz“, Prinz-Eugen-Straße 34
- A 035 Sicherung einer hohen Qualität in den Kindertagesstätten
- A 036 Förderung des nichtkommerziellen Lokalradios „Radio Blau“
- A 037 Erhöhung der Planstellen im Referat Beauftragte für Senioren und Menschen mit Behinderungen
- A 038 Kürzung der Zuschusserhöhung an den Eigenbetrieb Schauspielhaus
- A 039 Erhöhung der Zuschüsse für Beschäftigungsprojekte Freier Träger
- A 040 Kürzung der Ausgaben für Dienstreisen

Haushalt 2010

- A 041 Kürzung sonstiger Geschäftsausgaben bei Reklamewesen
- A 042 Kürzung der Sachverständigen- und Gerichtskosten
- A 043 Mittel für Fortführung der Klimaschutzkampagne
- A 044 Mittel für die Sicherung des Elsterstausees
- A 045 Einsparung der Mittel für Machbarkeitsstudie Alte Messe
- A 046 Einstellung von Mitteln für Ersatzbrücke Tauchaer Straße/
Parthebrücke
- A 047 Einsparung der Mittel für Infrastrukturprojekte Mitteldeutsche
Flughafen AG
- A 048 Erhöhung Haushaltsansatz Radwegbau
- A 049 Prioritätenliste für strategischen Flächenerwerb Industrie-
flächen
- A 050 Lärmschutzwand an der B 2/Mühlholzgasse
- A 051 Verschiebung der Sanierung des Parkplatzes am Bagger in
Thekla
- A 052 Bolz-Spiel-Platz Schönefeld
- A 053 Verpflichtungsermächtigung 2011 für B 186 OD Holzhausen
- A 054 Erhöhung der Mittel für Schulwegsicherheit
- A 071 Mittel für den Neubau eines Sportpalastes auf dem Gelände
der Alten Messe
- A 072 Umschuldung des Tilgungsüberschusses

Der LÖWENZAHN
zum downloaden unter:
www.dielinke-fraktion-leipzig.de

Herausgeber:

DIE LINKE.

Fraktion im Stadtrat zu Leipzig
Geschäftsstelle: Neues Rathaus,
04092 Leipzig,

☎ (03 41) 1 23-21 50 oder -21 59

Fax: 1 23-21 55

e-mail: linksfraktion@leipzig.de

Homepage:

www.dielinke-fraktion-Leipzig.de

V. i. S. d. P.: Dr. Ilse Lauter

Redaktionsschluss: 22.01.2010